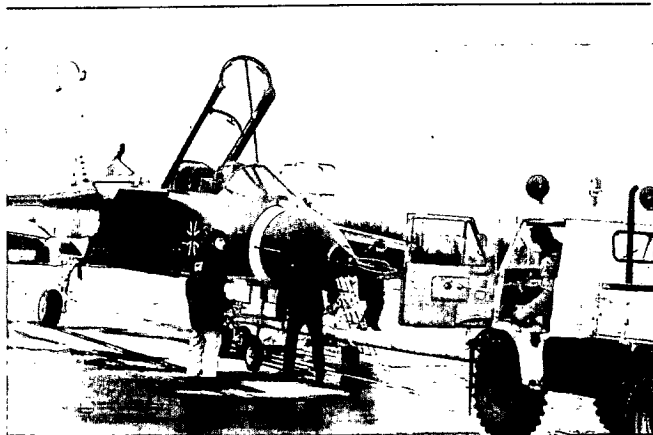


Schlechter Standort Amerika

Waren „Made in USA“ büßen im internationalen Handel stark an Wettbewerbsfähigkeit ein. Die USA, das stellte der Internationale Währungsfonds (IWF) fest, seien gemessen an Preisen und Kosten zum schlechtesten Standort geworden. Die Misere ist hausgemacht. Eine kräftige Kreditnachfrage von Staat und Wirtschaft ließ die Zinsen klettern. Der für Anleger im Ausland attraktive Zins

wiederum hob den Kurs des Dollar. So stiegen im internationalen Vergleich die amerikanischen Lohnstückkosten seit 1980 um rund 32 Prozent. Die Folgen: In nur drei Jahren schrumpften die Exporte um gut 33 Milliarden auf rund 200 Milliarden Dollar. Umgekehrt überschwemmen ausländische Waren das Land. Im April stiegen die Importe um 43 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, das Handelsdefizit erreichte mit 12,2 Milliarden Dollar einen Rekord.



MBB-Produkt Tornado

Rüstungsgigant an der Isar?

Der Münchner Luft- und Raumfahrt-Konzern Messerschmitt-Bölkow-Blom (MBB) interessiert sich für zwei andere Rüstungsfirmen. Von Bonn möchte der Hersteller des „Tornado“-Kampfflugzeugs den Diag-Konzern kaufen. Die Berliner Firma ist nach vielen Verlustjahren vor allem bei der Produktion von Gewehren, beim Export kompletter Gewehrfabriken und im Maschinenbau erfolgreich. Sie steht auf der Privatisierungsliste des Bundes ganz oben. Interesse bekundete MBB-Chef Hanns Arnt Vogels auch an einer Kooperation oder Teilfusion mit dem Münchner Panzer-Hersteller Krauss-Maffei („Leo“). Während Bayerns Regierung eine Konzentration der Rüstungsproduktion an der Isar befürworten würde, hat die Bundesregierung

Bedenken; sie sieht den Wettbewerb gefährdet. Den Eigentümern der beiden Firmen – dem Bund gehört die Diag, Friedrich Karl Flick die Firma Krauss-Maffei – mißfallen überdies die konkreten Kaufpläne Vogels'. Der MBB-Chef will sich bei beiden Unternehmen nur die gewinnversprechenden Sparten rauspicken. Vogels kennt sich bei den Firmen bestens aus. Bis zu seinem Ausscheiden als Gesellschafter bei Flick 1982 leitete er den Aufsichtsrat von Krauss-Maffei. Bei der Diag legte er sein Mandat als Chefkontrolleur erst unlängst nieder, angeblich wegen Arbeitsüberlastung.

Weizen-Überschuß in Saudi-Arabien

Im Wüstenland Saudi-Arabien wächst mehr Weizen, als seine Bewohner verbrauchen können – zu den

wohl höchsten Kosten in der Welt. Weil die Saudis fürchteten, die Getreideexportländer könnten sich eines Tages mit einem Lieferboykott für steigende Ölpreise rächen, forcierten sie in den letzten Jahren den Weizenanbau. Dieses Jahr werden die Saudis voraussichtlich 1,3 Millionen Tonnen ernten, doppelt so viel wie 1983. Verbrauchen können sie allenfalls 800 000 Tonnen. Die saudische Regierung subventioniert die Getreideproduktion, die nur mit Hilfe aufwendiger Bewässerungsanlagen möglich ist, mit 1000 Dollar pro Tonne – bei einem Weltmarktpreis von derzeit unter 140 Dollar. Kommentar des US-Landwirtschaftsministers John Block: „Verrückt.“

Steuer bremst Schnaps-Absatz

Westdeutschlands Schnapsbrennern geht es immer schlechter. Seit 1980, dem Jahr vor den letzten Erhöhungen der Branntweinsteuer, schrumpfte der Absatz der Spirituosenhersteller um 24 Prozent. Da die Branche durch Preisnachlässe die stetige Talfahrt ihrer Produkte zu stoppen versuchte, fiel der Nettoumsatz (ohne Branntweinsteuer) sogar um 29 Prozent auf 1,1 Milliarden Mark. Für den Fiskus brachte die Steuererhöhung kaum das erhoffte Ergebnis. Vori-



Spirituosen-Kauf

ges Jahr lag das Steueraufkommen gerade um 400 Millionen Mark (10 Prozent) über dem von 1980. Das wäre auch ohne Steuererhöhung möglich gewesen.

China: Aktien für Staatsfirmen

Chinas Planer finden zunehmend Gefallen an kapitalistischen Wirtschaftsbräuchen. Die Funktionäre in Peking er-



Privater Schneider in China

wägen, Aktien für Staatsunternehmen auszugeben, die sowohl von chinesischen Staatsbürgern als auch von Ausländern erworben werden können. Der Staat allerdings soll jeweils die Kapitalmehrheit behalten. Die Idee sei „nahezu reif“ zur Verwirklichung, sagte Jing Shuping von der China International Trust and Investment Corporation der „Financial Times“. Schon jetzt ist es den Chinesen erlaubt, sich in bescheidenem Umfang als Privatunternehmer – vor allem im Dienstleistungsbe- reich – zu betätigen. Auch privates Eigentum, etwa ein Wohnhaus, ist nicht mehr verpönt. „Worin besteht der Unterschied, ob man einen Fernseher, ein Haus oder eben Aktien besitzt?“ kommentierte Jing Shuping den freizügigen Umgang mit kommunistischen Dogmen.